

TTIP: Perspektiven

Erwartungen Frankreichs und des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie an die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft von Staatssekretär Matthias Machnig und Staatssekretär Matthias Fekl

* *

Frankreich und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterstützen den Abschluss eines ambitionierten und ausgewogenen Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten, das und für beide Seiten Vorteile bietet.

- **Für ein ambitioniertes und ausgewogenes Abkommen ist es entscheidend, neben Zöllen auch nicht-tarifäre Fragen** zu lösen. Dazu zählen unter anderem die regulatorische Konvergenz, substantielle Verpflichtungen im Bereich der öffentlichen Beschaffung, Dienstleistungen, geographische Herkunftsbezeichnungen sowie der Abbau unnötiger nicht-tarifärer Handelshemmnisse insbesondere in den Bereichen Industrie, Lebensmittel und Landwirtschaft. Dabei müssen die Entscheidungen und Präferenzen unserer jeweiligen Gesellschaften berücksichtigt werden. Auch sollte das Abkommen ambitionierte Verpflichtungen zur nachhaltigen Entwicklung und der unternehmerischen Verantwortung (CSR) enthalten. Ein substantieller Abbau von Zöllen ist daher ein wichtiges Element des Abkommens, ist allein jedoch nicht ausreichend.
- - Im Bereich **regulatorischer Konvergenz** erwarten wir konkrete Ergebnisse u.a. in den Sektoren Automobil, Maschinenbau, Textilien, Kosmetik, Gesundheits- und Pflanzenschutz (SPS), Pharmazeutika. Ebenso sollte ein transparenter institutioneller Rahmen für die Entwicklung weiterer gemeinsamer transatlantischer Standards mit lediglich beratender Funktion eingerichtet werden. Ein solcher institutioneller Mechanismus sollte auf höchsten Sozial-, Umwelt- und Sicherheitsanforderungen aufbauen und gleichzeitig unsere Regulierungsautonomie wahren sowie sich in den Rahmen unserer jeweils geltenden Regulierungsverfahren einfügen.
- - Im Bereich **öffentliche Beschaffung** möchten wir ein Abkommen, das europäischen Unternehmen jeder Größe echte Chancen eröffnet, ihre Güter, Versorgungs- und Dienstleistungen in Bereichen anzubieten, in denen ihr Know-

how weltweit anerkannt ist, wie etwa im Transportwesen, bei bahntechnischen Ausrüstungen, Software, Straßen und Brückenbau, bei medizinischen Geräten sowie Infrastrukturen und Dienstleistungen rund um Einrichtungen wie etwa Flughäfen. Dazu sind auf amerikanischer Seite Verpflichtungen zur Öffnung der Märkte auf allen Ebenen, nicht nur auf Bundesebene, erforderlich. Ebenso bedarf es einer besseren Transparenz für Kleine und Mittlere Unternehmen und eines besseren Marktzugangs für diese Unternehmen.

- - Für den **Dienstleistungsbereich** erwarten wir konkrete Ergebnisse bei offensiven europäischen Interessen. Dazu zählen diejenigen Dienstleistungssektoren, die entscheidend für den Handel mit Gütern sind (etwa Transport- und Finanzdienstleistungen) oder das Rückgrat der digitalen Wirtschaft bilden (etwa Telekommunikation und E-commerce). Ebenfalls wichtig ist es, beim Thema Transparenz in Bezug auf Anforderungen an die Dienstleistungserbringung auf Ebene der US-Bundesstaaten und bei Mobilitätsfragen Fortschritte zu erzielen. Wir beabsichtigen, uns die notwendigen Gestaltungsspielräume zu erhalten, vor allem für die Bereitstellung und Unterstützung der öffentlichen Daseinsvorsorge und im Bereich der kulturellen Vielfalt – insbesondere durch Herausnahme von audiovisuellen Dienstleistungen aus den Verhandlungen. Der Schutz personenbezogener Daten muss außerhalb des Abkommens geregelt werden.
- - Im Bereich **Landwirtschaft** erwarten wir ein gehaltvolles Ergebnis zu geographischen Herkunftsbezeichnungen, einschließlich der Abschaffung der semigenerischen Nutzung von Bezeichnungen für EU-Weine durch die USA. Die Bereitschaft der EU, bei landwirtschaftlichen Zöllen Zugeständnisse zu machen, hängt zudem unmittelbar davon ab, dass die USA auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse ausräumen, mit denen bislang europäische Lebensmittel und landwirtschaftliche Güter vom US-Markt fernhalten werden sowie von deutlichen Fortschritten in anderen Verhandlungsfeldern. Dieses Abkommen muss für beide Seiten Vorteile bringen. Unser Produktionsweise - unser "Landwirtschaftsmodell" - unterscheidet sich erheblich von demjenigen der Vereinigten Staaten. Dieser Unterschied muss bei den Verhandlungen der EU mit einem der landwirtschaftlich stärksten Akteure der Welt Berücksichtigung

finden. In jedem Fall werden wir unsere sensiblen landwirtschaftlichen Produkte schützen und bewahren.

- Zur **nachhaltigen Entwicklung** erwarten wir ein ambitioniertes und wirksames Kapitel. Wir wollen, dass die USA ehrgeizige Verpflichtungen in den Bereichen Arbeitnehmerschutz und Umwelt eingehen, damit das Abkommen auch global Standards setzen kann. Dazu muss TTIP über bestehende Freihandelsabkommen hinausgehen und Arbeitnehmer- und Umweltschutzstandards effektiv fördern und umsetzen.
- Im Bereich **Investitionsschutz und bei der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten** bietet TTIP eine Chance für eine grundlegende Reform dahingehend, die Souveränität der Staaten und ihren Regulierungsspielraum umfassend zu wahren. TTIP sollte den Weg für eine ambitionierte Reform des Systems zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten bereiten und einen unabhängigen, öffentlich-legitimierten und transparenten Investitionsgerichtshof schaffen. Die diesbezüglich in CETA erzielte Einigung ist hierfür der wesentliche Maßstab.
- Im Bereich **Ursprungsregeln** für Industriegüter müssen wir uns auf ein Regelwerk einigen, das unsere Exportmöglichkeiten nicht beschneidet.

Die Verhandlungspartner müssen bei diesen wichtigen Themen nun konkrete Fortschritte erzielen, andernfalls wird ein Abschluss bis Ende des Jahres nicht möglich sein.

Wir setzen uns für eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft ein, die für Arbeitnehmer, Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen Vorteile bietet. Damit wir TTIP akzeptieren können, muss der Vertrag als "gemischtes Abkommen" eingestuft werden, das heißt er muss durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Die Verhandlungen müssen zudem transparent geführt werden, um eine Einbindung der nationalen Parlamente zu gewährleisten und der Öffentlichkeit und allen relevanten Akteuren zu ermöglichen, sich bei diesem wichtigen transatlantischen Projekt einzubringen.